

Fragebogen Stadtratswahlen Zürich

Name, Vorname: Rabelbauer Richard.....

Zutreffendes ankreuzen

1. Wie wohnen Sie privat:

- Mietwohnung Genossenschaftswohnung
 Eigentumswohnung Einfamilienhaus

2. Sind Sie Vermieter?

- Ja Nein

3. Befürworten Sie das Ziel, den Anteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus von einem Viertel auf einen Drittel zu erhöhen?

- Ja

Bemerkungen:

4. Die Volksinitiative „Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich“ wendet sich gegen die vom Kanton diktierte Aufwertung der 2'600 städtischen Wohnungen in Fiskalliegenschaften und verlangt die Beibehaltung der bisherigen Kostenmiete. Unterstützen Sie die Initiative?

- Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Eine Kostenmiete kann für Mieterinnen und Mietern auch teuer ausfallen, wenn nicht kostengünstig gebaut oder umgebaut wird. Die vom Kanton verlangte Anpassung fällt moderat aus und es ist kaum im Interesse der Stadt, mit ihren Liegenschaften spekulative Gewinne oder hohe Renditen zu erzielen, resp. sie kommt bislang ihrem Auftrag, erschwingliche Wohnungen anzubieten, auf geeignete Weise nach. Es ist aber weiterhin bei Investitionen darauf zu achten, kostengünstig gearbeitet wird, dann sind die städtischen Wohnungen immer noch deutlich billiger als die privaten.

5. Sollen private Eigentümer verpflichtet werden, bei grösseren Neubauprojekten einen Mindestanteil der Wohnungen nach den Grundsätzen der städtischen Wohnbauförderung zu erstellen und zu bewirtschaften (Festsetzung von Zonen für preisgünstigen Wohnungsbau wie in der Stadt Zug)?

Ja

Bemerkungen:

Dabei ist unabdingbare Voraussetzung, dass für eine solche Verpflichtung gleich vorgegangen wird, wie in der Stadt München beim Beschluss über die Sozialgerechte Bodennutzung: man holt die Investoren und Vertreter des Wohnbaus mit an Bord und arbeitet gemeinsam mit Ihnen eine Verpflichtung aus, zu der beide Seiten ja sagen können.

6. Sind Sie damit einverstanden, dass künftig Zweitwohnungen, Business-Appartements und Hotelnutzungen nicht mehr auf den Mindestwohnanteil angerechnet werden?

Ja

7. Sollen der Stiftung PWG jährliche Abschreibungsbeiträge zum Kauf von Liegenschaften zur Verfügung gestellt werden?

Ja

8. Unterstützen Sie die Forderung, dass der Kanton mehr Mittel für die Wohnbauförderung bereitstellt (Aufhebung des heute gültigen 180-Mio-Franken-Deckels für Darlehen)?

Ja

9. Sind Sie einverstanden, dass städtische Fördergelder für energetische Sanierungen nur ausgerichtet werden, wenn die Empfänger sich verpflichten, auf eine Kündigung der Mietverhältnisse zu verzichten und die Förderbeiträge zur Reduktion der Mieterhöhung einzusetzen?

Ja

Fördergelder und ein Angebot an erschwinglichen Wohnungen sollen nicht gegeneinander ausgespielt werden

10. Unterstützen Sie die Bestrebungen des Mieterinnen- und Mieterverbandes, den mietrechtlichen Kündigungsschutz auf Bundesebene zu verstärken (Missbräuchlicherklärung von Kündigungen nur um eine höhere Miete zu erzielen, Einschränkung der Kündigungsmöglichkeiten bei Renovationen)?

Ja

11. Was für weitere Massnahmen gedenken Sie zu ergreifen, um das Angebot an bezahlbaren Wohnungen zu sichern und zu erhöhen?

Ausbau des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus, schrittweiser Landerwerb durch die Stadt, um sich eine strategische Reserve zu schaffen, Anreize für Private, zum Bau von erschwinglichen Wohnungen.